

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 18

vom 19. Juni 2009

Redaktion: Katja Richardt

Europawahl

Landeswahlausschuss bestätigt das Stimmresultat 3

Inneres

Warnung der Arbeitsgruppe Scientology..... 4

Wirtschaft und Hafen

Binnenschifffahrt im Hamburger Hafen hat Zukunft..... 5

Hamburger Politik zu Gast im Rotterdamer Hafen 8

Starker Aufwind für den Luftfahrtstandort Hamburg 9

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Zweites BID für Bergedorf..... 12

Friedrich-Schütter-Platz erhält eine Bühne..... 13

Schule, Jugend und Berufsbildung

Übergang von Schülerinnen und Schülern in den Beruf wird grundlegend
verbessert..... 14

Internet-Grundschulprojekt aus Hamburg prämiert 18

Gesundheit

Aktionswoche Alkohol vom 13. bis 21. Juni..... 19

Hamburger leben länger 21

Wissenschaft und Forschung

Neubau der Psychiatrischen Klinik am UKE..... 23

Haushaltsausschuss beschließt Senatsvorlage zum HCU-Neubau..... 25

Finanzen und IT

Gemeinsam für effektive und kostengünstige IT 27

Neue Regeln bei der Kfz-Anmeldung in Hamburg beschlossen 29

Kultur

130.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur.....30

Zur Information

Terminkalender.....32

17. Juni 2009 / bfi17

Europawahl 2009 in Hamburg:

Landeswahlausschuss bestätigt das Stimmergebnis

Der Landeswahlausschuss hat heute das endgültige Stimmergebnis der Europawahl am 7. Juni 2009 für Hamburg bestätigt. Das gab **Landeswahlleiter Willi Beiß** heute Nachmittag im Anschluss an die öffentliche Sitzung des Landeswahlausschusses bekannt. Gegenüber dem vorläufigen Wahlergebnis vom Wahlabend haben sich keine Stimmenanteile verändert (im Einzelnen siehe Anlage). Der heutigen Sitzung waren die Überprüfungen aller Wahlniederschriften durch die Kreiswahlleiter und die in Einzelfällen erforderlichen Korrekturen durch die Kreiswahlausschüsse am letzten Freitag (12. Juni 2009) vorausgegangen.

Mit einbezogen wurden in das endgültige Hamburger Wahlergebnis auch die 183 Stimmen des Rahlstedter Wahllokals 526 44 in der Schule Schierenberg, das am Wahlabend seine Meldung an den Kreiswahlleiter versäumt hatte.

Landeswahlleiter Beiß: „Ich werte die hohe Übereinstimmung der vorläufigen Wahlergebnisse mit den endgültigen Zahlen als Beweis für die sorgfältige Arbeit der rd. 10.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer in den Wahlvorständen. Ihnen gilt mein Dank.“

Der Bundeswahlausschuss wird am 30. Juni 2009 in Berlin das endgültige Ergebnis für Deutschland einschließlich der Sitzverteilung auf die Parteien beschließen. Erst danach wird auch endgültig feststehen, welche Europaabgeordneten aus Hamburg gewählt sind.

Für Rückfragen:

Landeswahlamt, Asmus Rösler, Tel. 0 40 – 42839-1732
sowie

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

19. Juni 2009 / bfi19

Warnung der Arbeitsgruppe Scientology: Scientology Organisation wirbt an Schulen

Die Arbeitsgruppe Scientology der Hamburger Innenbehörde ist von verschiedenen Schulen Hamburgs darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Scientology Organisation dort eine massive Werbekampagne gestartet hat. Ziel dieser Kampagne ist es, die verfassungsfeindliche Lehre der Scientologen unter dem Deckmantel der Religions- bzw. Menschenrechtsdiskussion in den Unterricht einbringen zu können.

Ursula Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe Scientology, warnt: Dem Schreiben an die Schulen ist ein Fragebogen beigelegt, in dem die Scientology Organisation um ein Gespräch in der Schule bittet, den Besuch in der Scientology-Zentrale anbietet und auch kostenlose Übersendung von Scientology-Material für den Unterricht zur Verfügung stellen will. Die Scientologen verfolgen ihre übliche Strategie und wollen den direkten Kontakt aufnehmen, um so an die Menschen heranzukommen - scientologisch ausgedrückt, an ‚raw meat‘, also ‚rohes Fleisch‘, heranzukommen. Lehrer, Eltern und Schüler müssen sich immer wieder klar machen, dass hinter Scientology das verfassungsfeindliche Menschenbild des Gründers L. Ron Hubbard steht. Scientology geht es vor allem darum, Menschen abhängig zu machen und wirtschaftlich auszunutzen. Mit Religion und Kirche hat diese Organisation nichts zu tun.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Arbeitsgruppe Scientology
Telefon 040-42886-6444, Fax: -6445, E-Mail: fhags@t-online.de

sowie

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

17. Juni 2009/bwa17

Binnenschifffahrt im Hamburger Hafen hat Zukunft

Senator Gedaschko: „Das Binnenschiff hat als nachhaltigster Verkehrsträger gute Chancen, künftig stärker genutzt zu werden.“

Ein von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegebenes Gutachten der Firma UNICONSULT Universal Transport Consulting GmbH räumt der Binnenschifffahrt im Hamburger Hafen gute Zukunftschancen ein. Insbesondere für den Containerverkehr ist es laut Gutachten möglich, bis zu fünf Prozent aller ins Hinterland transportierten Container per Binnenschiff zu befördern.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Mit der Binnenschiff-Studie von UNICONSULT wollen wir einen Impuls geben, um die Nutzung des Wasserwegs im Hafen und im Hinterland nachhaltig voran zu bringen. Dazu müssen wir das Gesamtsystem vom Seehafen über die Wasserwege leistungsstärker machen. Wir haben Handlungsansätze wie logistische Konzepte, neue Schiffe oder Maßnahmen in Binnenhäfen identifiziert, die jetzt in einem Arbeitskreis der Logistik-Initiative Hamburg weiter verfolgt werden.“

2008 lag der Anteil des Binnenschiffs im Hinterlandverkehr des Hamburger Hafens bei rund zwei Prozent. Basierend auf der gültigen Umschlagprognose für den Hafen und einer Steigerung des Binnenschiffsanteils im Modal Split bedeutet dies in absoluten Zahlen eine Steigerung von 120.000 im Jahr 2008 auf perspektivisch etwa 500.000 TEU. Die Belastung von Straße und der Schiene wird angesichts der mittel- und langfristig weiterhin erwarteten Umschlagmengen stark steigen. Die Wasserstraße verfügt noch über Kapazitätsreserven, die ausgeschöpft werden sollten. Zudem ist das Binnenschiff das umweltverträglichste Verkehrsmittel. Es hat die gleiche Tragkraft wie 105 LKW. Für eine Stärkung nachhaltiger Transporte ist das Binnenschiff deshalb von zentraler Bedeutung.

Senator Axel Gedaschko: „Gerade mit Blick auf das erklärte Ziel des Hamburger Senats, den Klima- und Umweltschutz zu fördern, muss das Binnenschiff als der gleichermaßen ökonomisch, ökologisch und auch unter Sicherheitsaspekten optimale Verkehrsträger wesentlich stärker als bisher in die Transportketten einbezogen werden.“

Die Studie untergliedert sich in eine zweiteilige Bestandsaufnahme, die neben einer Analyse des wirtschaftlichen, technischen und rechtlich/organisatorischen Ist-Zustands auch einen

„Best-Practice-Vergleich“ mit anderen Seehäfen hinsichtlich ihrer binnenschiffsrelevanten Erfolgsfaktoren umfasst. Die wesentlichsten Empfehlungen der Studie:

1) „Entmischung“ von See- und Binnenschiffsumschlag: Der Einsatz von Seeschiff-brücken an Binnenschiffen ist teuer und aus technischen Gründen problematisch. Vorgeschlagen wird deswegen eine „Entmischung“ verbesserte Organisation, den Einsatz von mobilem Umschlaggerät und langfristig der Ausweisung spezieller Binnenschiffsliegeplätze im unmittelbaren Umfeld der Seeterminals.

2) Schaffung von neuem Schiffsraum: Teilweise sind die eingesetzten Binnenschiffe stark überaltert. Zudem sind für das mögliche Transportvolumen von 500.000 TEU auch zusätzliche Schiffseinheiten nötig, die u.a. durch stärkere Einbindung der Verloader oder spezifische Investitionsprogramme realisiert werden könnten. Wichtig wäre die Förderung effizienter und umweltverträglicher Innovationen.

3) Sicherstellung leistungsfähiger Wasserstraßen: Die Zuverlässigkeit binnenschiff-basierter Logistikketten sollte – unter weitgehendem Ausschluss von Risiken wie Niedrig-/Hochwasserständen, Eisgang oder defekten Schleusen – gewährleistet sein. Infrastrukturprojekte wie die Anbindung von Berlin sind von Bedeutung, da sie die potenziellen Märkte für die Binnenschifffahrt im Hinterland des Hamburger Hafens erweitern. So muss insbesondere über eine Leistungssteigerung des mittlerweile 35 Jahre alten Schiffshebewerks Scharnebeck nachgedacht werden.

4) Optimierung von Logistikprozessen und Aufbau neuer Verteilzentren: Der Anstieg der per Binnenschiff transportierten Güter setzt eine entsprechende Nachfrage voraus. Dies kann durch die Erschließung neuer Märkte und Kundenkreise erreicht werden (z.B. durch die Schaffung integrierter Binnenschiffslogistikangebote, die über den reinen Transport hinausgehen) sowie durch Entwicklungen in der Seehafenlogistik wie z.B. Etablierung von „Hinterland Gateways“ als „Satellitenstandorte“ der Seehäfen.

5) Gestaltung eines unterstützenden ordnungspolitischen Rahmens: Die Binnen-schifffahrt darf hinsichtlich der Rahmenbedingungen aus administrativer Sicht nicht schlechter gestellt sein, als Bahn- und Straßenverkehr. Wichtigster Punkt ist die Entwicklung einer neuen KV-Förderrichtlinie, die Kranungen in Seehäfen von und auf Binnenschiffe fördert. So könnte aus Kostensicht eine Gleichstellung von Binnenschiff und Bahn erreicht werden, was für die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenschiffs von zentraler Bedeutung wäre.

Senator Axel Gedaschko: „Das Gutachten zeigt, welche Chancen das Binnenschiff als nachhaltigster Verkehrsträger hat. Nun gilt es die in der Studie aufgezeigten Herausforderungen in enger Kooperation mit den Binnenreedereien, den Binnenhäfen und den Akteuren im Hafen Hamburg konsequent zu bewältigen.“

Die nächste Etappe ist nun, Umsetzungsmöglichkeiten der beschriebenen Vorschläge im engen Dialog mit Praxisakteuren zu erarbeiten. Hierzu ist beabsichtigt, einen Arbeitskreis im Rahmen der Logistik-Initiative Hamburg zu etablieren. Zudem soll der enge Schulterschluss mit den Beteiligten im Elbstromgebiet gesucht werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

18. Juni 2009/bwa18

Hamburger Politik zu Gast im Rotterdamer Hafen

Carsten Frigge, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, besuchte gestern und heute zusammen mit dem Wirtschaftsausschuss der Bürgerschaft den Rotterdamer Hafen. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einem Einbruch des Welthandels geführt und insbesondere das Wachstum des Containerumschlags derzeit in einen Rückgang verkehrt. Diese Entwicklung trifft Hamburg und Rotterdam gleichermaßen. Beide Häfen reagieren darauf, indem sie das Ziel eines umfassenden Kapazitäts- und Infrastrukturausbaus beibehalten, die zeitliche Taktung der Ausbauschritte aber den Markterfordernissen anpassen. In beiden Häfen setzt man auf weiteren Ausbau mit Augenmaß, um fit zu sein für den kommenden Aufschwung.

Trotz der bestehenden Konkurrenzsituation ist der Kontakt zwischen „Hamburg Port Authority“ und „Port of Rotterdam“ ausgezeichnet. Es besteht ein offener und fairer Austausch zu allen Fragen gemeinsamen Interesses. Auch wenn die Auffassungen beider Häfen nicht immer deckungsgleich sind, finden fruchtbare Diskussionen zwischen Fachleuten und den Hafengesellschaften beider Häfen statt. Auch auf europäischer und internationaler Ebene arbeiten beide Häfen eng zusammen, so zum Beispiel in der europäischen Interessenvertretung der Hafenverwaltung "European Seaports Organisation" (ESPO), die eine regelmäßige gemeinsame Plattform für alle EU-relevanten Themen bildet oder in der International Maritime Organization (IMO).

Im Rahmen des Besuchs stellte der „Port of Rotterdam“ offen seine Erfahrungen und Eindrücke aus der Vergabe der Terminalfläche auf der Maasvlakte dar. Das Ausbauprogramm "Maasvlakte 2" schafft in den nächsten 10-20 Jahren rd. 1.000 ha hafenwirtschaftliche Fläche. Eine Tiefgangsbeschränkung für Containerschiffe besteht dort nicht.

Staatsrat Carsten Frigge: „Der Besuch in Rotterdam hat gezeigt, dass unser größter Konkurrenzhafen wichtige Ausbauprojekte begonnen hat. Für den Hamburger Hafen haben wir ebenfalls die finanziellen und planerischen Voraussetzungen geschaffen, das künftige Wachstum im Seeverkehr zu bewältigen. Das wichtigste Projekt für den Hamburger Hafen ist und bleibt jedoch die Fahrrinnenanpassung. Und hier gehe ich davon aus, dass das eröffnete Planfeststellungsverfahren gründlich, aber auch zügig abgeschlossen wird. Denn die Reeder wünschen sich Planungssicherheit für ihre Liniendienste von morgen, und wir müssen – um unsere Wettbewerbsposition zu halten – die Planungssicherheit auch bieten.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

19. Juni 2009/bwa19

Starker Aufwind für den Luftfahrtstandort Hamburg: Startschuss für das „Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung“ (ZAL)

Partner des Luftfahrtclusters der Metropolregion gründen Meilenstein zur Verstärkung der Forschungs- und Innovationstätigkeit am Standort Hamburg

Acht starke Partner und die Stadt Hamburg haben gestern das „Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung“ gegründet und Andreas Vahl als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Zu den ZAL-Gesellschaftern gehören die Airbus Operations GmbH, die Lufthansa Technik AG, der Verein zur Förderung der angewandten Luftfahrtforschung, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., die Universität Hamburg, die Technische Universität Hamburg-Harburg, die Hochschule für angewandte Wissenschaften, die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg sowie die Freie und Hansestadt Hamburg. Das ZAL wird Testinfrastrukturen für die anwendungsorientierte Luftfahrtforschung vorhalten, Beratungsdienstleistungen für kleine und mittelgroße Betriebe anbieten, die Bildung von Kooperationen unterstützen und den Informations- und Wissensaustausch zwischen den Beteiligten des Luftfahrtclusters verbessern. Hamburg wird 10 Mio. Euro in den Aufbau des ZAL sowie weitere 3,7 Mio. Euro in Teststände für die luftfahrtbezogene Brennstoffzellenforschung („Fuel Cell Lab“) investieren. Die privaten Partner werden in den ersten fünf Betriebsjahren rd. 1,8 Mio. Euro als Bareinlagen einbringen, damit das ZAL die schwierige Anlaufphase bewältigen kann.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Die Gründung des ZAL in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit ist ein positives Signal der Branche und ein Vertrauensbeweis in die Zukunft des Luftfahrtstandortes Hamburg, der mit dem ZAL eine entscheidende Verstärkung erhält. Das ZAL als Projekt der „Hamburger Konjunkturoffensive“ schafft Arbeit im zukunftssträchtigen Technologiesektor: 27 Arbeitsplätze entstehen im direkten sowie mehr als 300 im weiteren Umfeld. Klar ist auch: Die Anforderungen an den künftigen Luftverkehr sind hoch. Es werden sich nur Wettbewerber durchsetzen, die Forschung, Entwicklung und Innovation auf höchstem Niveau leisten. Hamburg hat hier mit dem ZAL beste Chancen, sich durchzusetzen.“

Das ZAL soll innerhalb des Luftfahrtclusters Metropolregion Hamburg als Motor, Koordinator und Forschungsplattform agieren, um die Technologiekompetenz des Luftfahrtstandortes weiterzuentwickeln und sein Profil als weltweit drittgrößter Standort der zivilen Luftfahrt international schärfen. In das ZAL wird das „Fuel Cell Lab“ (FCL) räumlich integriert. Mit Hilfe spezieller Testinfrastrukturen soll hier der Einsatz der Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellentechnologie im Flugzeug erprobt werden, um den Treibstoffverbrauch und

damit den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ zu reduzieren. Später sollen auch Industrie- und Forschungspartner außerhalb der Luftfahrtbranche in das FCL integriert werden.

Das ZAL hat zwei Standorte: Der Sitz der Geschäftsführung und derjenigen Aktivitäten, die von der stadtnahen Lage und der Nähe zu Lufthansa Technik profitieren, sind am Hamburger Flughafen und in seinem Umfeld angesiedelt. Der Großteil der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten wird im „Tech Center“ am Standort Finkenwerder durchgeführt. Der Bau des Tech Centers soll ausgeschrieben werden und durch einen privaten Investor erfolgen. Das ZAL wird als Mieter die speziellen Testinfrastrukturen einbringen.

Andreas Vahl bringt für seine neue Aufgabe als Geschäftsführer des ZAL vielfältige Erfahrungen mit und ist im Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg und weit darüber hinaus kein Unbekannter. Nach seinem Physik-Studium war er am Aufbau des Technologie-zentrums Hamburg-Finkenwerder beteiligt und war seit 1998 in verschiedenen Positionen bei Airbus Operations GmbH (ehemals Airbus Deutschland GmbH) tätig. Daneben hat Andreas Vahl einen Lehrauftrag an der Technischen Universität Hamburg-Harburg und engagiert sich im Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie als ehrenamtliches Senatsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt Lilienthal-Oberth e.V.

Andreas Vahl, Geschäftsführer Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH: „Das ZAL ermöglicht uns in idealer Weise die weitere technologische Entwicklung des Hamburger Luftfahrtstandortes. Ich sehe dabei die Integration und Industrialisierung von Technologien als prioritäre Aufgabe. Wir werden uns daher in der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur engagieren, um gemeinsames anwendungsorientiertes Forschen internationaler Partner unter einem Dach zu ermöglichen.“

Gerald Weber, Executive Vice President Operations und Vorsitzender der Geschäftsführung von Airbus in Deutschland: „Das ZAL ist für Airbus von strategischer Bedeutung. Wir wollen die Besten aus unserem nationalen und internationalen Forschungs- und Zulieferernetzwerk zusammenbringen. Wir setzen darauf, dass in der Zusammenarbeit von Forschern, Ingenieuren und Facharbeitern innovative Lösungen im Flugzeugbau entwickelt werden. Ziel ist, diese Innovationen für die Kabine, Flugzeugstruktur und Montagesysteme voranzutreiben und zügig zur Marktreife zu bringen, um unseren Entwicklungsvorsprung für die nächsten Flugzeuggenerationen auszubauen.“

August Wilhelm Henningsen, Vorsitzender des Vorstandes der Lufthansa Technik AG: „Mit dem ZAL erhält die enge Zusammenarbeit im Netz der Hamburger Luftfahrtindustrie eine neue Basis. Für die Lufthansa Technik bedeutet die Gründung eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit Airbus, den kleinen und mittelständischen Unternehmen der Region, dem DLR sowie den Hamburger Hochschulen bei der Entwicklung zukunftsorientierter Lösungen für die Verkehrsluftfahrt. Besondere Potenziale sehen wir in

der Instandhaltung von Flugzeugbauteilen aus neuen Werkstoffen, der Anwendung der Brennstoffzellentechnologie, sowie der Softwareentwicklung für neue Kabinensysteme.“

Uwe Gröning, Vorsitzender des Vereins zur Förderung der angewandten Luftfahrtforschung: „Ein hervorragendes Merkmal ist die Einbindung der kleinen und mittelständischen Firmen der Metropolregion. Der Förderverein mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der ZAL GmbH bringt die kleinen und mittleren Unternehmen auf Augenhöhe mit dem Netzwerk in der angewandten Luftfahrtforschung. Das Überwinden der Ländergrenzen sowie der internationale Ansatz für das ZAL wird große Synergien frei setzen und den Standort noch attraktiver machen.“

Joachim Szodruch, Vorstandsmitglied des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V.: „Das DLR sieht im ZAL eine hervorragende Möglichkeit, sich mit seinen umfassenden Forschungs- und Entwicklungskompetenzen im Lufttransportsystem in Hamburg noch stärker zu engagieren und damit bestehende Optimierungspotenziale im Hinblick auf Effizienz und Ressourcenschutz in der Luftfahrtindustrie weiter auszuschöpfen.“

Auch die Vertreter der vier Hochschulen begrüßen das ZAL: „Mit der ZAL-Gründung entstehen auch für die Hamburger Hochschulen neue und zusätzliche Chancen im Bereich der Luftfahrtforschung. Die Teststände des ZAL ergänzen in hervorragender Weise die an den Hochschulen bereits vorhandenen Labore und Prüfstände. Durch das ZAL-Gebäude entstehen völlig neue Möglichkeiten der gemeinsamen Forschung und Entwicklung unter einem Dach. Das ZAL bietet insgesamt ein großes Potenzial, die in dem Hamburger Spitzencluster begonnenen Forschungsvorhaben zu vertiefen und neue Forschungsprojekte zu akquirieren.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

16.06.2009/bsu16

Zweites BID für Bergedorf

Mit dem BID „Sachsantor – vom Mohnhof bis zum Serrahn“ erhält das Bergedorfer Zentrum einen zweiten Innovationsbereich. Es handelt sich um das leicht erweiterte Gebiet des im August 2008 abgeschlossenen BID Sachsantor. Durch das neue BID sollen die bereits erzielten Erfolge hinsichtlich der Steigerung von Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Sachsantors fortgeführt und verstetigt werden. Geplant sind u.a. die Einrichtung eines Quartiersmanagements, Werbemaßnahmen, Veranstaltungen und Maßnahmen zur Erhöhung des Sauberkeitsstandards. Dafür ist ein Budget von 600.000 Euro, finanziert aus den Abgaben der Grundeigentümer, vorgesehen. Aufgabenträger ist der Verein WSB (Wirtschaft und Stadtmarketing für die Region Bergedorf e.V.).

Die Verordnung zur Einrichtung des BID „Sachsantor – vom Mohnhof bis zum Serrahn“ hat der Senat heute beschlossen, die Geltungsdauer beträgt fünf Jahre.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Helma Krstanoski

Tel.: 42840 – / 2058 / 2051 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735

e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de

www.bsu.hamburg.de

19.06.2009/bsu19

Friedrich-Schütter-Platz erhält eine Bühne

Umbau im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms

Der Platz vor dem Ernst Deutsch Theater wird vom 22.06.2009 bis August 2009 zu einer attraktiven Aufenthaltsfläche für Theaterbesucher und Passanten umgebaut. Ausgehend vom dreieckigen Zuschnitt des Platzes entsteht eine ebenfalls dreieckige, vertieft liegende Holzbühne, die von allen drei Seiten durch Treppen-Stufen gerahmt wird. Im Mittelpunkt der Bühne ragt eine 17 Meter hohe Stele aus rot lackiertem Stahlblech in die Höhe. Sie wird durch Bodenstrahler beleuchtet. Entworfen wurde die Stele vom Designer Peter Schmidt.

Der Platz wird mit großformatigen Basalt- und Betonplatten befestigt. Zum Mundsburger Damm schließt eine Hecke den Platz ab, Sitzbänke bieten hier Gelegenheit zur Rast. Die vorhandenen Baumreihen am Mundsburger Damm und der Schürbeker Straße werden um jeweils einen Baum ergänzt. Die an den Platz grenzenden Geh- und Radwege erhalten ebenfalls ein neues Pflaster.

Finanziert wird die insgesamt rund 430.000 Euro kostende Maßnahme aus dem Sonderinvestitionsprogramm für Plätze und durch 150.000 Euro, die der Freundeskreis des Ernst Deutsch Theaters übernimmt. Der Umbau erfolgt in der Regie des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer. Verkehrsbeeinträchtigungen durch den Umbau sind nicht zu erwarten.

Grafik des neu gestalteten Platzes unter www.bsu.hamburg.de

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Helma Krstanoski

Tel.: 42840 – / 2058 / 2051 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735

e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de

www.bsu.hamburg.de

16. Juni 2009/bsb16

Kein Abschluss ohne Anschluss

Übergang von Schülerinnen und Schülern in den Beruf wird grundlegend verbessert

Schulsenatorin **Christa Goetsch** hat heute zusammen mit **Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz** Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, **Erhard Pumm**, Vorsitzender des DGB Hamburg, **Frank Glücklich**, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hamburg, **Michael Thomas Fröhlich**, Hauptgeschäftsführer des UV Nord, und **Rolf Steil**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg, das Rahmenkonzept für eine grundlegende Neuausrichtung des Übergangssystems Schule-Beruf präsentiert. Das Ziel: Hamburger Schülerinnen und Schüler sollen in ihrer Ausbildungsreife und ihrer Berufs- und Studienorientierung besser als bisher gefördert werden. Zentrale Neuerungen: Spätestens ab Jahrgangsstufe 8 sollen die Jugendlichen eine Berufswegeplanung entwickeln. Beim Übergang in die Berufsausbildung werden sie zukünftig gemeinsam von Lehrkräften der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterstützt.

Eine Vernetzung der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen bereits in der Sekundarstufe I hat es bislang nicht gegeben. Neu ist ebenfalls die im Rahmenkonzept vorgesehene Abstimmung zwischen der Schule und den außerschulischen Akteuren. Allgemeinbildende Schulen und Betriebe, berufliche Schulen und Agentur für Arbeit sowie außerschulische Bildungsträger arbeiten enger zusammen. Zudem wollen Behörden, Wirtschaftsvertreter und Gewerkschaft systematisch Standards für die Berufsorientierung einführen. Für Jugendliche, die trotz Ausbildungsreife keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wurde das „Hamburger Ausbildungsmodell“ neu konzipiert.

Hintergrund: Trotz eines erheblichen finanziellen und personellen Aufwands ist der Übergang in den Beruf bei zu vielen Jugendlichen nicht zufriedenstellend. Dies gilt vor allem für Jugendliche ohne Schulabschluss, mit unzureichendem Schulabschluss, mit beeinträchtigter Leistungsfähigkeit oder sozialer Benachteiligung. Bislang fehlte es an einer zielgruppengerechten Gesamtstrategie, die schulische und außerschulische Angebote koordiniert und aufeinander bezieht. In Hamburg besteht zurzeit daher ein vielfältiges, aber unübersichtliches Übergangssystem mit den unterschiedlichsten ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen.

- **Senatorin Christa Goetsch:** „Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler frühzeitig eine eigene Berufsperspektive entwickeln und wir wollen keinen Schulabschluss ohne Anschluss in Ausbildung oder Erwerbstätigkeit.“
- **Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz** (Handelskammer Hamburg): "Wir begrüßen das Rahmenkonzept, weil es zum einen die Berufsorientierung stärkt und zum anderen das bislang kostspielige und zum Teil ineffiziente Übergangssystem von der Schule in den Beruf auf eine neue Basis stellen will. Wir erwarten, dass die Hamburger Wirtschaft bei der jetzt anstehenden inhaltlichen Ausgestaltung des Rahmenkonzeptes eng mit einbezogen wird.“
- **Erhard Pumm** (DGB Hamburg): „Der bloße Ruf nach der Selbstverantwortung der jungen Leute ist unverantwortlich, solange auf dem Arbeitsmarkt Voraussetzungen für gelingende Übergänge fehlen, deshalb begrüße ich die Initiative der Senatorin.
- **Frank Glücklich** (Handwerkskammer Hamburg): „Das Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule-Beruf weist in die richtige Richtung. Das gilt besonders für das 'Hamburger Ausbildungsmodell', welches das staatliche Berufsbildungsangebot konsequent auf das duale System ausrichten soll. Die Handwerkskammer Hamburg wird die konkrete Ausgestaltung des Rahmenkonzeptes darum weiter konstruktiv begleiten.“
- **Michael Thomas Fröhlich** (UV Nord): „Es kann uns nicht kalt lassen, dass viele Jugendliche in Hamburg die Schule ohne Abschluss verlassen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystem Schule-Beruf und werden alles in unserer Macht stehende tun, um zu einer Stärkung der Berufsorientierung und zu einem professionellen Übergangsmanagement zu kommen.“
- **Rolf Steil** (Agentur für Arbeit Hamburg): „Die Potentiale aller Hamburger Schulabgänger mitzunehmen, ist aufgrund der demografischen Entwicklung unerlässlich, um den Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort Hamburg zu stärken. Die Berufsberatung der Agentur für Arbeit Hamburg ist dabei auch künftig der wichtigste Partner für alle Hamburger Schüler, Lehrer und Eltern.“

Frühzeitige und individuelle Berufswegeplanung

Erster Kernpunkt des Rahmenkonzepts ist die Berufswegeplanung. Grundlegend für die zu treffenden Berufswegentscheidungen sind konkrete Erfahrungen in der Berufs- und

Arbeitswelt. Hier überprüfen und konkretisieren die Schülerinnen und Schüler ihre häufig von unrealistischen Vorstellungen getragenen Berufswünsche. Im Betriebspraktikum, an Praxislerntagen, durch konkretes Ausprobieren beim Herstellen von Produkten und Dienstleistungen und nicht zuletzt durch unmittelbare Erfahrungen mit Arbeitskollegen lernen sie, ihre Interessen und Talente besser einzuschätzen.

Die Berufswegeplanung ist standardisiert und jeder Schüler ab der Jahrgangsstufe 8 durchläuft sie. Während dieses Prozesses und beim Übergang von der Schule in den Beruf beraten und begleiten Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler. Die Wahrnehmung der Aufgabe geschieht in gemeinsamer Verantwortung der Stadtteilschule und den kooperierenden beruflichen Schulen.

Zielgerichtete Gestaltung des Übergangs in den Beruf

Neben der Verbesserung der Anschlussorientierung ist die zielgerichtete Gestaltung des Übergangs in den Beruf der zweite Schwerpunkt des Rahmenkonzeptes. Das bestehende Übergangssystem wird für die Jugendlichen durch eine stringente Koordination der schulischen und außerschulischen Angebote übersichtlicher und effektiver.

Für Jugendliche, die trotz Ausbildungsreife keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wurde das „Hamburger Ausbildungsmodell“ neu konzipiert. Sie können unmittelbar mit einer qualifizierenden Berufsausbildung beginnen und verlieren keine Zeit in „Warteschleifen“. Der absolute Vorrang der betrieblichen Ausbildung im dualen System bleibt dabei gewahrt. Nur Schulabgänger, die sich im dualen System mehrfach erfolglos für einen Ausbildungsplatz beworben haben, werden im „Hamburger Ausbildungsmodell“ aufgenommen.

Ausbildungsvorbereitung für Jugendliche ohne Betriebs- bzw. Ausbildungsreife

Jugendliche, die noch nicht über die notwendige Betriebs- bzw. Ausbildungsreife verfügen, erhalten eine verbesserte Vorbereitung für eine duale Ausbildung oder die Aufnahme einer beruflichen Erwerbstätigkeit. Die neue Ausbildungsvorbereitung wird in unterschiedlichen Formen angeboten: in schulischer Vollzeitform, mit betrieblichem Lernen in Kooperation mit wechselnden Betrieben, integrativ für Jugendliche mit Sprach- oder sonderpädagogischem Förderbedarf, in Produktionsschulen und in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Jugendliche, die über eine Betriebsreife verfügen, können bei Vorliegen der notwendigen individuellen Voraussetzungen in das Programm Qualifizierung

und Arbeit für Schulabgänger (QuAS) oder das Programm Einstiegsqualifizierung (EQ) aufgenommen werden. Diese Programme finden in Betrieben der Hamburger Wirtschaft in Verbindung mit dem Berufsschulunterricht statt. Es besteht eine hohe Flexibilität beim Einstieg in die Ausbildungsvorbereitung und für einen Wechsel in eine duale Ausbildung.

Beratung und Unterstützung vor Ort

Beim Übergang in die berufliche Ausbildung wird es zukünftig ein verlässliches Begleitsystem mit Ansprechpartnern in den Schulen geben. Diese beraten die Jugendlichen bis zur Einmündung in die Produktionsschule, die Ausbildungsvorbereitung, die berufliche Ausbildung oder einen Bildungsgang in der Oberstufe. Die Schulen benennen diese Ansprechpartner spätestens in der 8. Jahrgangsstufe.

Regional werden neue Beratungs- und Vermittlungsinstanzen aufgebaut. Diese halten engen Kontakt zu den Ansprechpartnern und geben ihnen einen Überblick über alle sinnvollen Anschlussmöglichkeiten – vorzugsweise im regionalen Bildungsraum. Gemeinsam mit dem Jugendlichen wird daraus einen möglichst passgenauer Übergang erarbeitet.

Die regionale Beratung und Vermittlung erschließt ihr Aufgabenfeld aus den bisherigen Aufgaben des Informationszentrums im Hamburger Institut für Berufliche Bildung sowie aus den bestehenden schulischen Beratungssystemen. Um die bislang vorhandene Trennung von Beratung und Vermittlung aufzuheben, kooperiert diese Instanz eng mit der Berufseinstiegsbegleitung und der Berufsberatung bei der Agentur für Arbeit Hamburg, mit der Jugendhilfe und dem team.arbeit.hamburg.

Senatorin Christa Goetsch: „Wir werden zukünftig jede einzelne Schülerin und jeden Schüler umfassend bei der Gestaltung der eigenen Berufsbiografie fördern und begleiten. Das Prinzip lautet: kein Abschluss ohne Anschluss. Mit dem Rahmenkonzept, das im engen Schulterschluss mit der Arbeitsagentur, den Kammern, Gewerkschaften und den Unternehmen erarbeitet wurde, haben wir einen großen Schritt in diese Richtung gemacht.“

Rückfragen
Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.428 63.2003
0172.42427071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

19.Juni 2009/bsb19

Internet-Grundschulprojekt aus Hamburg prämiert

Schule an der Gartenstadt erhält das eTwinning-Qualitätssiegel 2009

eTwinning ist Teil des Programms für lebenslanges Lernen der Europäischen Union, das die innovative Projektarbeit mit digitalen Medien fördert. Ausgezeichnet wurde das Projekt „Making new friends - living in Europe“ der Grundschule an der Gartenstadt.

Mit dem eTwinning-Qualitätssiegel, das einmal pro Jahr verliehen wird, werden herausragende europäische Schulprojekte prämiert.

Die Fremdsprachenkompetenz und die selbständige Arbeitsweise der Schülerinnen und Schüler

überzeugte die unabhängige Jury aus Bildungsexperten, die auch die Nachhaltigkeit des Projekts durch den engen Kontakt mit der Partnerschule gewährleistet sehen.

Gemeinsam mit einer Partnerklasse aus Halifax in Großbritannien arbeiten 8-10-jährigen Schüler auf der europäischen Plattform www.etwinning.net zusammen. Das Projekt gründet auf dem Vergleich der Kulturen beider Partnerländer. Nach einer kurzen Vorstellung der Schülerinnen und Schüler untereinander erfolgt ein Austausch von Informationen, Fotos und Materialien über den Ort, in dem sie leben, Hobbys und Interessen. Die Kommunikation erfolgt in erster Linie in englischer Sprache.

Lebendiges Fremdsprachenlernen war Lehrerin Almut Lepschny in ihrem eTwinning-Projekt „Making new friends – living in Europe“ besonders wichtig. „Die Sprache als Kommunikationsmittel steht im Vordergrund und wird in tatsächlich authentischen Schreibsituationen erlebbar gemacht“.

Bundesweit haben sich viele Schulen um die Auszeichnung beworben, die in verschiedenen Altersgruppen für alle Schulformen und Fächer offen ist. Die Jury begutachtete die Bewerbungen nach Kriterien wie pädagogischer Innovation und Kreativität, Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit sowie dem kreativen Einsatz digitaler Medien.

Mehr zu den Gewinnern der diesjährigen Qualitätssiegel-Verleihung erfährt man unter www.etwinning.de/praxis/qs/gewinner2009/index.php

Rückfragen: Johanna Götze-Weber, Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg, T: (040) 428 63 - 2541
F: (040) 427 978 - 158 E: johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de

15. Juni 2009/bsg15

„Alkohol? Kenn dein Limit!“

Aktionswoche Alkohol vom 13. bis 21. Juni



Rund 60.000 Hamburgerinnen und Hamburger gelten als alkoholabhängig, jeder 10. Erwachsene trinkt zu viel Alkohol. Aber auch Jugendliche und junge Erwachsene konsumieren in erschreckender Weise Alkohol, teils mit fatalen Folgen. Nicht nur angesichts dieser Besorgnis erregenden Zahlen engagiert sich in der bundesweiten Aktionswoche „Alkohol? Kenn dein Limit“ in Hamburg ein breites Bündnis aus Ärzte- und Apothekerkammer, Wohlfahrtsverbänden, Krankenkassen, Rentenversicherungen, Gesundheits- und Selbsthilfeorganisationen, Gesundheits-, Schul- und Wirtschaftsbehörde und der Agentur für Arbeit.

„Alkohol ist bei Jugendlichen das am stärksten verbreitete Rauschmittel“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Viele haben eine unkritische Haltung zum Trinken und nehmen die akuten Gefahren für ihre Gesundheit, bis hin zur Lebensgefahr, oder für eine mögliche Abhängigkeit nicht wahr. Hier gegenzusteuern ist auch Ziel des Senatsprogramms „Drogenfreie Kindheit und Jugend“. Dazu trägt neben den Hamburger Projekten, wie z.B. HaLT – Hart am Limit, auch die bundesweite Aktionswoche mit zahlreichen Aktionen bei.“

Veranstalter der Aktionswoche sind die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) e.V. sowie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Die Schirmherrschaft hat die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, übernommen.

Dieter Adamski, Vorsitzender der Landesstelle für Suchtfragen e.V., betont: „Als Eltern und Vorbilder müssen wir uns fragen, welchen Umgang mit Alkohol wir vorleben. Stellen Sie ihren persönlichen Alkoholgenuss auf den Prüfstand, damit alles im ‚grünen Bereich‘ bleibt.“

Hauptziel der Aktionswoche Alkohol 2009 ist es, das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Alkoholkonsum zu schärfen. Die Woche steht deshalb unter dem Motto „Alkohol? Kenn dein Limit.“ Durch die öffentliche Diskussion soll jeder Einzelnen angeregt werden, sein eigenes Trinkverhalten ehrlich einzuschätzen und sich zugunsten seiner eigenen Gesundheit zu entscheiden.

Während der Aktionswoche werden in Hamburg über Apotheken, Arztpraxen und Behörden rund 80.000 Selbsttests verteilt. Auf 700 Plakaten an Litfaßsäulen, 100 Großflächenplakaten und in Spots auf den Monitoren des Fahrgastfernsehen der U-Bahnen werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich „fünf Minuten Zeit für diesen Selbsttest“ nehmen, der online unter www.aktionswoche-alkohol.de abrufbar ist.

Darüber hinaus laden viele Suchtberatungsstellen und Selbsthilfegruppen zu zahlreichen Informations- und Kulturveranstaltungen ein. Im ECE-Billstedt-Center und im ECE-Phoenix-Center Harburg können die Besucher z.B. ihr Wissen über Alkohol an Aktionsständen testen.

Durch die Aktionswoche werden alle Altersgruppen angesprochen. Am Montag und Dienstag führt die Augsburger Puppenkiste z.B. speziell für Kindergartenkinder ihr Präventionsstück „Paula und die Kistenkobolde“ auf. Für Jugendliche wird u.a. ebenfalls am Dienstag das Schauspiel „Wilder Panther, Keks!“ gezeigt, am Mittwoch lädt das CinnemaxX am Dammtor zu den Jugendfilmtagen ein.

Gesundheitssenator Wersich: „Die Aktionswoche regt mit den vielfältigen Aktionen zu einem verantwortungsvolleren Konsum und zu einer gesunden Lebensweise an. Wir müssen gerade bei Jugendlichen ein Bewusstsein für die Gefahren schaffen, aber wir brauchen auch die gesellschaftliche Unterstützung und Einhaltung der Jugendschutzgesetze.“

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und zur Aktionswoche sind im Internet unter www.aktionswoche-alkohol.de erhältlich.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

Christian Bölckow
Geschäftsführer der Hamburgische Landesstelle für Suchtfragen e. V.
Tel: (040) 2 84 99 18 - 18, Fax: (040) 2 84 99 18 - 19
E-Mail: boelckow@suchthh.de, Internet: www.suchthh.de

19. Juni 2009/bsg19

Hamburger leben länger!

Gesundheitsbehörde legt „Basisinformationen zur Gesundheit“ vor

Die Lebenserwartung hat sich weiter erhöht, die Säuglingssterblichkeit und die vorzeitige Sterblichkeit gingen zurück - der von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) vorgelegte Bericht „Basisinformationen zur Gesundheit“ belegt für Hamburg erfreuliche Entwicklungen. Er bietet zahlreiche Daten und Informationen zur Beurteilung der gesundheitlichen Situation in Hamburg, beschreibt die demografische Entwicklung, Krankheitshäufigkeiten, die Entwicklung der Sterblichkeit sowie Aspekte der gesundheitlichen Versorgung in Hamburg. Die in Augenschein genommenen Sachverhalte haben eine nationale wie auch internationale Bedeutung als sogenannte Gesundheitsindikatoren und ermöglichen einen Vergleich zwischen Regionen. Gleichzeitig zeigen die Aspekte Perspektiven, um die Gesundheit in der Bevölkerung weiter zu fördern und Krankheiten zu verhindern.

„Es ist erfreulich, dass Hamburgerinnen und Hamburger immer älter werden und wir weniger verstorbene Säuglinge registrieren müssen. Ein Grund dafür ist sicherlich auch das gut ausgebaute Versorgungssystem in unserer Stadt, das über die Landesgrenzen hinaus eine hohe medizinische Behandlungsqualität garantiert“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Aber unsere Zahlen belegen auch, dass Menschen vorzeitig an vermeidbaren Erkrankungen versterben. Hier kann jeder etwas tun, denn wir dürfen nicht vergessen, dass sich positive Gesundheitseffekte nicht nur durch den Reparaturbetrieb Gesundheitswesen, sondern zum erheblichen Anteil auch durch ein ausgeprägtes Gesundheitsbewusstsein und ein fundiertes Gesundheitswissen erzielen lassen. Hier gilt es weiter aufzuklären und zu informieren, damit jeder selbst etwas für sein Wohlbefinden tun kann.“

Ausgewählte Ergebnisse des Berichtes:

- **Hamburgerinnen und Hamburger leben länger:** Männer werden inzwischen im Durchschnitt 77 Jahre alt, Frauen 82 Jahre; dies entspricht einem Zuwachs seit 1986 bei Männern um 5,2 Jahre, bei Frauen um 3,6 Jahre.
- **Mehr Geburten:** Im Jahr 2007 wurden 16.727 Hamburger Säuglinge geboren. Seit dem Jahr 2002 gibt es in Hamburg einen Anstieg bei den Geburtenzahlen.

- **Weniger Säuglingssterbefälle:** Seit Mitte der 1970er Jahre ging die Säuglingssterblichkeit relativ stetig zurück; in den letzten zehn Jahren allein um rund 40 Prozent.
- **Weniger vorzeitige und vermeidbare Sterbefälle:** Für die vorzeitige Sterblichkeit (vor dem 65. Lebensjahr) und die vermeidbaren Sterbefälle (z.B. Herzkrankheiten zwischen 35 und 65 Jahren oder aber den Krankheiten der Leber zwischen 15 und 75 Jahren) zeigen sich positive Entwicklungen. Bei den vermeidbaren Sterbefällen liegt Hamburg mit 12 Prozent unter dem bundesweiten Durchschnitt von 12,5 Prozent und deutlich vor den Stadtstaaten Bremen (17 Prozent) und Berlin (15 Prozent).
- **Medizinische Versorgung:** Hamburg besitzt ein gut ausgebautes, flächendeckendes Versorgungssystem, das weit über seine Grenzen hinaus eine hochwertige medizinische Behandlungsqualität garantiert. 3.256 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte (entsprechen 541 Einwohnerin/Einwohner je Ärztin/Arzt), 683 psychologische Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten, 1.451 Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie 32 Krankenhäuser und 19 Privatkliniken (Stichtag 1.1.2008) gewährleisten die medizinische Versorgung.
- **Behandlungsspektrum:** Herzinsuffizienz, Alkoholkrankheiten, Lungenentzündungen und Schlaganfälle sind die häufigsten in Krankenhäusern behandelten Diagnosen. In Allgemeinärztlichen Praxen sind es Bluthochdruck, erhöhte Cholesterinwerte und Rückenschmerzen.
- **Kosten:** Von den gesetzlichen Krankenkassen in Hamburg wurden allein im Jahr 2007 für die ambulante ärztliche Versorgung Gesamtvergütungen von rund 717 Millionen Euro aufgewendet, für allgemeine stationäre Krankenhausleistungen rund 1,7 Milliarden Euro und für Medikamente (in 2008) rund 497 Millionen Euro.

Der Bericht „Basisinformationen zur Gesundheit“ ist zu beziehen über die BSG, Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz, Fachabteilung Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung, Billstraße 80, 20539 Hamburg, Tel. 428 37-1999 und er steht im Internet unter www.hamburg.de/gesundheitsfoerderung zum Download zur Verfügung.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
 Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
 Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

16.06.2009/bwf16

Neubau der Psychiatrischen Klinik am UKE

Mittel aus Konjunkturprogramm fließen mit ein

Der Senat hat sich heute mit einem weiteren Bauvorhaben auf dem Gelände des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) befasst, ein weiterer Schritt für die bauliche Neustrukturierung des UKE. Beschlossen wurde ein Konzept zum Neubau der Psychiatrischen Klinik, dessen Umsetzung mit Unterstützung des Konjunkturprogramms II nun realisiert werden kann.

Der geplante Neubau soll die Bedingungen für Patienten, Besucher und Mitarbeiter der Klinik sowie die Möglichkeiten für Forschung und Lehre entscheidend verbessern. Im geplanten Neubau wird jeder Station eine Tagesklinik direkt zugeordnet. Durch diese räumliche Nähe kann anders als bisher gewährleistet werden, dass auch nach der Entlassung in die Tagesklinik die Betreuungskontinuität zwischen Therapeut und Patient unkompliziert erreicht und dadurch der Behandlungserfolg nachhaltig verbessert werden.

Die Kosten für die Baumaßnahme belaufen sich auf rund 18 Mio. Euro, sechs Millionen davon werden aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes abgedeckt. Der Hamburg Anteil in Höhe von 12 Mio. Euro kann aus dem Doppelhaushalt 2009/2010 sofort bereitgestellt werden.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Ein weiterer Mosaikstein der Neustrukturierung des UKE kann jetzt angegangen werden und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Klinik nicht nur wirtschaftlicher und effizienter arbeiten kann, sondern dass die Patienten eine heutigen Ansprüchen entsprechende Umgebung und Behandlung erhalten. Die Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes ermöglichen uns eine schnelle Realisierung.“

Prof. Dr. Jörg F. Debatin, Ärztlicher Direktor des UKE: „Wir freuen uns sehr, dass wir mit dem Neubau der Psychiatrie im UKE nun zügig beginnen können. Unsere Mitarbeiter sind hoch motiviert. Das neue Gebäude mit modernem Standard wird für unsere Patienten künftig deutlich komfortabler sein und spürbar bessere Voraussetzungen für eine Vernetzung unserer Experten bieten.“

Ursprünglich war geplant, der Psychiatrischen Klinik durch eine umfassende und grundlegende Sanierung des Bestandsgebäudes eine aktuellen Ansprüchen genügende Infrastruktur bereitzustellen. Im Laufe der baulichen Untersuchungen hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung des Bestandsgebäudes unverhältnismäßig aufwendig, teuer und im laufenden Betrieb der Klinik nicht zu realisieren wäre. Mit dem Konzept eines Neubaus können nun angemessene Rahmenbedingungen für die Behandlung psychisch kranker Patienten geschaffen werden.

In einem ersten Bauabschnitt soll ein Neubau mit kubischer Form und fünf Vollgeschossen entstehen, der insgesamt rund 4.800 qm Nutzfläche bietet. Er soll zunächst Klinikbereiche aufnehmen, die am stärksten durch unzureichende Zustände im Bestandsgebäude betroffen sind. Geplant ist die Unterbringung von Ambulanzbereichen im Erdgeschoss sowie von drei Pflegestationen und Tageskliniken und einer Administrationsebene in den Obergeschossen.

Absicht ist es, in einem zweiten Bauabschnitt die noch im Bestandsgebäude verbleibenden Stationen zu integrieren.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Maren Puttfarcken / Kathrin Herbst
Tel.: 040 74105-4747, E-Mail: pressestelle@uke.de

16. Juni 2009/bwf16a

Haushaltsausschuss beschließt Senatsvorlage zum HCU-Neubau

Wissenschaftssenatorin freut sich über grünes Licht

In seiner heutigen Sitzung hat der Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft mit Mehrheit die Senatsdrucksache zu einem Neubau für die HafenCity Universität Hamburg (HCU) beschlossen und damit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln zugestimmt.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Ich freue mich, dass die Abgeordneten mehrheitlich unserer Überzeugung gefolgt sind, dass mit der Drucksache sowohl die richtige Standortwahl in der HafenCity getroffen wird als auch die Forderungen des Haushaltsrechts erfüllt werden. Die zuletzt vom Rechnungshof wiederholten Kritikpunkte hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz konnten fachlich ausgeräumt werden. Es zeigt sich, dass die vom Rechnungshof angewandten Methoden auch für die anwesenden Architekten und Energieplaner nicht nachvollziehbar sind. Der Weg der Senatsvorlage in die Bürgerschaft und letztlich zur Grundsteinlegung ist jetzt ein weiteres Stück geebnet. Der Neubau ist für die HCU unabdingbar und hat Signalwirkung für die Architekturausbildung in der Stadt. Ich finde es wichtig und richtig zugleich, dass die Abgeordneten den Studierenden und Mitarbeitern der HCU zeigen, dass sie zu ihrer Gründungsentscheidung vom August 2005 stehen.“

In einer intensiv geführten, rund vierstündigen Sitzung haben die Architekten von Code Unique und der verantwortliche Energieplaner von der Firma KaPlus insbesondere die vom Rechnungshof aufgeworfenen Fragen der Verkehrs- und Glasflächenanteile sowie Details der Energieplanung des HCU-Neubaus erläutert. So soll die HCU als interdisziplinäre und auch nach außen kommunikationsintensive Hochschule öffentlich zugängliche, attraktive Flächen insbesondere im Erdgeschoss erhalten. Insoweit sind deshalb - über die Maßstäbe eines normalen Hochschulgebäudes hinaus - Anforderungen zu erfüllen.

In der Stellungnahme des Rechnungshofes werden Aspekte wie die Wirtschaftlichkeit einzelner Teilmaßnahmen oder die bauphysikalischen Eigenschaften einzelner Bauteile herangezogen für bewertende Aussagen über die Umweltqualität und Nachhaltigkeit des Gebäudes und den darauf bezogenen Vorbildcharakter, ohne zu berücksichtigen, dass es sich um unterschiedliche und nicht vergleichbare Betrachtungsebenen handelt. Dabei wird

der Begriff der Energieeffizienz unzulässig auf bauphysikalische Größen wie den Heizwärmebedarf verengt, der Ressourcenverbrauch wird ohne Beachtung der inneren Zusammenhänge in einem Gebäude mit anderen Aspekten der Nachhaltigkeit vermischt.

Die Bewertung der Nachhaltigkeit kann nur auf Grundlage einer Gesamtbewertung aller aufeinander abgestimmten Teilmaßnahmen erfolgen. Weder in seinem Jahresbericht noch in den Hinweisen zur Sitzung des Haushaltsausschusses vom 04.06.09 führt der Rechnungshof einen entsprechenden Ansatz aus. Ansätze für eine integrierte Bewertung der Nachhaltigkeit von Gebäuden wurden in den letzten Jahren entwickelt. Inzwischen liegen weltweit erste Erfahrungen mit solchen Bewertungssystemen vor, aus denen sehr deutlich zu erkennen ist, dass weder die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung allein noch eine Summierung von einzelnen Gebäudekennwerten in der Lage sind, eine wirklichkeitsgerechte und vor allem lebenszyklusorientierte umfassende Bewertung zu leisten.

Zudem wurde deutlich, dass der Rechnungshof bei seinem Kostenvergleich eine Richtwertkalkulation angewandt hatte, die nicht den Richtwerten der Bauministerkonferenz entspricht. Bei Anwendung dieser Richtwerte zeigt sich, dass die HCU-Planung alles andere als überteuert ist.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass allen Bemerkungen des Rechnungshofs in der Stellungnahme des Senats zu dessen Jahresbericht Rechnung getragen wurde. Die dem Haushaltsausschuss vorgelegte Drucksache stellt das Neubau-Vorhaben in allen Facetten vor und greift die vom Rechnungshof angesprochenen Punkte sachlich und fachlich auf.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

16. Juni 2009/fb16



Gemeinsam für effektive und kostengünstige IT – Niedersachsen tritt Trägerverbund des IT-Dienstleisters Dataport bei

- Die Finanzstaatssekretäre und Finanzstaatsräte der Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet
- Die Zusammenarbeit der dann fünf Trägerländer von Dataport wird sich auf ein gemeinsames Steuerrechenzentrum konzentrieren

Das Land Niedersachsen soll weiterer Träger des IT-Dienstleisters Dataport werden. Das haben die Finanzstaatssekretäre und Finanzstaatsräte heute beschlossen. Die Kooperation dient der Stärkung der Kompetenzen im IT-Bereich der fünf norddeutschen Steuerverwaltungen. Die niedersächsische Finanzstaatssekretärin Cora Hermenau erläuterte: „Wir wollen uns bei der Steuerverwaltung einem starken Verbund anschließen, um die effektive Verarbeitung der niedersächsischen Steuerdaten auf Dauer zu sichern. Wir haben nun die Chance, zusammen mit den Steuerverwaltungen der anderen Trägerländer diese gemeinsame einheitliche IT-Infrastruktur und das bestehende Know-how zu nutzen. Die Beteiligung an Dataport wird deshalb die Handlungsfähigkeit Niedersachsens bei der IT-Unterstützung unserer Verwaltung nachhaltig stärken.“

Dataport betreibt im Auftrag seiner Trägerländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein erfolgreich ein gemeinsames Steuerrechenzentrum in Rostock.

Der Verwaltungsratsvorsitzende von Dataport, der Hamburger Staatsrat Dr. Robert Heller, sagte: „Alle derzeitigen Trägerländer Dataports unterstützen ausdrücklich den Wunsch Niedersachsens, sich als Träger von Dataport zu beteiligen. Wir sehen in Niedersachsen einen kompetenten und verlässlichen Partner. Ein Beitritt Niedersachsens zum Dataport-Staatsvertrag ist deshalb eine Stärkung der

Zusammenarbeit der Länder im Rahmen der Norddeutschen Kooperation, die allen Trägerländern zu Gute kommt.“

Niedersachsen plant, für rund 13.000 Arbeitsplätze der Steuerverwaltung im bestehenden „Data Center Steuern“ (DCS) rechnen zu lassen. Um eine gemeinsame Verarbeitung der Steuerdaten mit den anderen Ländern durchführen zu können, wird Niedersachsen gemeinsame IT-Verfahren einführen. Der für den Betrieb der Verfahren erforderliche Großrechner wird durch das DCS in Rostock für alle Trägerländer zur Verfügung gestellt.

Das DCS ist beispielhaft für eine effektive länderübergreifende Zusammenarbeit im IT-Bereich. Die Steuerverwaltungen von Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein greifen von ihren Standorten aus auf die Rechner im DCS zu. Von dort aus wird wiederum der Druck der Bescheide im Druckzentrum von Dataport in Altenholz gesteuert. Im Rahmen der Steuerproduktion werden hier jährlich mehr als 50 Millionen Druckseiten produziert und rund 20 Millionen Kuvertierungen vorgenommen.

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie für die Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Das Unternehmen bietet seinen staatlichen und kommunalen Kunden eine breite Palette an Produkten und Dienstleistungen. Hierzu zählen u.a. Netzdienste für Sprach- und Datenübertragung, Fachanwendungen für Verwaltungsaufgaben, Datenschutz- und Datensicherheitskonzepte, IuK-Beschaffung und Schulungen. Für überregionale E-Government-Lösungen schafft Dataport eine einheitliche Infrastruktur. Außerdem betreut das IuK-Unternehmen die Clients seiner Kunden und stellt alle Arten des Server- und Verfahrensbetriebs in seinen Rechenzentren zur Verfügung. Seit dem 01.01.2006 betreibt Dataport in Rostock das „Data Center Steuern“, das gemeinsame Rechenzentrum der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern für die Fachverfahren der Steuerverwaltung. Die Anstalt des öffentlichen Rechts hat ihren Unternehmenssitz in Altenholz bei Kiel und betreibt Niederlassungen in Hamburg, Rostock und Bremen. Mit rund 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erzielte Dataport 2007 einen Umsatz von 234 Mio. Euro.

Weiterführender Link: www.dataport.de

Pressekontakt:

Dataport: Holger Förster (Pressesprecher)
Telefon: (0431) 32 95 – 3040, Mobil: (0170) 767 51 42
E-Mail: holger.foerster@dataport.de

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

16. Juni 2009/fb16b

Neue Regeln bei der Kfz-Anmeldung in Hamburg beschlossen

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die Hamburgische Verordnung zur Durchführung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes beschlossen. Der Verordnungsentwurf sieht die Einführung zweier Verfahren vor, die die Situation bei der Einnahme der Kraftfahrzeugsteuer verbessern.

Ab Juli dieses Jahres sind die Fahrzeughalter verpflichtet, bei Zulassung eines Fahrzeuges bei der Hamburger Zulassungsbehörde (Landesbetrieb Verkehr) eine Ermächtigung zum Lastschrifteinzug für die Kraftfahrzeugsteuer zu erteilen. Weiterhin wird bei jeder An- und Ummeldung eines Fahrzeuges überprüft, ob die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeughalter in Hamburg Kraftzeugsteuerrückstände hat. Betragen diese mehr als zehn Euro, wird der Zulassungsvorgang abgebrochen. Die Zulassung wird erst erteilt, nachdem die Rückstände beim zuständigen Finanzamt ausgeglichen worden sind. Um den Zulassungsvorgang nicht unnötig zu verzögern, können die Kraftfahrzeugsteuerrückstände auch im Dienstgebäude der Zulassungsbehörde im Ausschläger Weg 100 entrichtet werden. Die Zahlung erfolgt durch EC-Karte unter Verwendung der PIN-Nummer. Wird das Fahrzeug durch Dritte zugelassen, ist bei der Zulassung eine Einverständniserklärung des Fahrzeughalters vorzulegen, dass bestimmte kraftfahrzeugsteuerliche Angaben dem Dritten bekannt gegeben werden dürfen. Ob Kraftfahrzeugsteuerrückstände in Hamburg vorhanden sind, kann beim Finanzamt für Verkehrsteuern und Grundbesitz (Tel.: 428 70 70) erfragt werden.

In anderen Bundesländern sind mit vergleichbaren Verfahren gute Erfahrungen gemacht worden. Der effizientere Einsatz von Personal- und Sachmitteln führt zur Senkung des Verwaltungsaufwandes, wodurch Kosten eingespart werden können.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

18. Juni 2009/bksm18

130.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur

„Kultur bewegt“ fördert 15 Projekte in benachteiligten Stadtteilen

Die singenden „Klangstrolche“ aus Billstedt, das Theaterprojekt „Die heilige Johanna von der Davidstraße“ und das Farmsener Tanzprojekt „Der Hase mit der Trommel“ sind drei von 15 Kinder- und Jugendkulturprojekten, die sich in diesem Jahr über eine Förderung aus dem Fonds „Kultur bewegt“ freuen können. Aus 56 Anträgen hat eine Fachjury die Projekte in den Stadtteilen Altona, Billstedt, Eimsbüttel, Farmsen, Harburg, Horn/Lohbrügge, Jenfeld, Neugraben, Neustadt, Neuwiedenthal, Osdorf, St. Georg, St. Pauli und Wilhelmsburg ausgewählt. (Eine Beschreibung der 15 Projekte finden Sie im Anhang).

Die Behörde für Kultur, Sport und Medien hat „Kultur bewegt“ 2007 zusammen mit der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel sowie der Hamburgischen Kulturstiftung ins Leben gerufen, um kulturelle Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu fördern. Dafür stellt die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel auch in diesem Jahr wieder 130.000 Euro zur Verfügung. Schirmherr der Initiative ist der Erste Bürgermeister Ole v. Beust.

Senatorin v. Welck: „Kultur hilft Kindern, sich und ihre Welt zu reflektieren. Entscheidend ist, dass sie sich auch selbst kreativ mit ihrer Umgebung auseinander setzen. Die Resonanz auf die Ausschreibung ‚Kultur bewegt‘ zeigt, wie groß das Engagement für die Kinder- und Jugendkultur in den einzelnen Stadtteilen ist. Ich danke der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel, dass wir auch in diesem Jahr wieder besonders nachhaltige Projekte fördern konnten.“

Milena Ebel: „Es gibt leider viele Kinder und Jugendliche, für die es nicht selbstverständlich ist, Kultur und Kunst im Alltag zu erleben und auch selbst kreativ zu werden. Das möchten wir mit ‚Kultur bewegt‘ ändern, indem wir Projekte unterstützen, die Kindern und Jugendlichen in Hamburg, vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen, die Welt der

Kreativität eröffnen. Denn die Auseinandersetzung mit Kultur und Kreativität gibt ihnen Selbstwertgefühl und stärkt sie in ihrer Identifikation.“

Gesa Engelschall: „Es ist meine feste Überzeugung, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Förderung von Kinder- und Jugendkultur unentbehrlich ist. Kultur ist Lebensgrundlage, sie gibt Hoffnung, Kraft und den Glauben an Veränderung. Je größer die Not, umso mehr brauchen Menschen etwas Sinnstiftendes. Durch ‚Kultur bewegt‘ erhalten Kinder und Jugendliche, die unverschuldet Leidtragende der Krise sind, die Möglichkeit sich auszuprobieren und ihre Stärken zu entdecken.“

Die Bandbreite der ausgewählten Projekte reicht von Bildender Kunst über Theater, Tanz und Puppenspiel bis zu Musik und Literatur. Kriterien für die Förderung waren vor allem Nachhaltigkeit und eine Einbeziehung der lokalen Strukturen, zudem lag der Fokus auf Bereichen der Stadt, die von kultureller Projektarbeit bisher nicht ausreichend erreicht wurden. Mitglieder der Fachjury waren Milena Ebel (Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel), Prof. Ulla Biebrach-Plett (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg), Bettina Brinker (Schleswig-Holstein Musikfestival), Yvonne Fietz (Stadtkultur e.V.), Werner Frömming (Behörde für Kultur, Sport und Medien), Dr. Klaus Langebeck (Behörde für Schule und Berufsbildung a. D.) und Prof. Hermann Rauhe (Ehrenpräsident der Hochschule für Musik und Theater).

Weitere Informationen unter www.hamburg.de/kultur-bewegt.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293
Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Kirsten Wagner
Hamburgische Kulturstiftung
040 – 33 90 99
wagner@kulturstiftung-hh.de

Terminkalender

Vom 22. Juni bis 28. Juni 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 22.06.2009

- 09:30** Seniorenzentrum At. Markus, Gärtnerstraße 63, 20253 Hamburg
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort auf der **Fachveranstaltung: „Umbruch, Aufbruch...Heime im Wandel“**.
- 10:00** Bei St. Annen 1, HHLA
Senatorin Anja Hajduk begrüßt die **neuen Teilnehmer der UmweltPartnerschaft Hamburg**.
- 14:30** Handelskammer Hamburg
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort anlässlich des **„Tag des Mittelstandes 2009“**.
- 17:00** Wehrbereichsverwaltung Nord, Feldstraße 234, 24106 Kiel
Senator Christoph Ahlhaus nimmt teil an den **25. Maritimen Gesprächen der Wehrbereichsverwaltung Nord, des Wehrbereichs I und des Sanitätskommandos I**.
- 18:00** Handelskammer Hamburg
Senator Dr. Till Steffen hält ein Grußwort anlässlich der **Veranstaltung „25 Jahre Deutsch-Griechische Juristenvereinigung**.
- 18:00** Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **„Hanseatischen Universitätsgespräche“ zum Thema: „Die globale Finanzkrise, Ursachen, Wirkungen, Konsequenzen“**.
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Senatsempfanges zum „Tag des Mittelstands 2009“**.

Senator Axel Gedaschko nimmt teil.
- 19:00** St. Pauli Theater, Spielbudenplatz 29-30
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil am **Charity-Abend „Das Kleine Herz im Zentrum“** zugunsten der Kinderherzchirurgie des Universitären Herzzentrums Hamburg.
- 19:00** Abaton-Kino, Allende-Platz
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Filmpremiere „Hanbao – die Burg der Chinesen“** im Rahmen des deutsch-chinesischen Kulturaustausches und der Städtepartnerschaft Hamburg-Shanghai.

- 19:30** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil am **Festakt zur Gründung des Vereins Rechtsstandort Hamburg e.V.** und hält ein Grußwort.
- 20:30** Restaurant Süllberg, Süllbergterrasse 12
Senator Axel Gedaschko hält die **Dinner-Speech** anlässlich des **AON Benfield Marktforum**.
- Dienstag, den 23.06.2009**
- 10:00** Handelskammer
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters spricht beim **BID-Kongress des DIHK**.
- 10:30** CCH, Saal 3
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort auf der **Opening Session** anlässlich der **International Supercomputing Conference 2009 (ISC'09)**.
- 11:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Dietrich Wersich überreicht das **Bundesverdienstkreuz am Bande an Gabriele Wöhlke für den Aufbau und die Arbeit der Budnianer Hilfe e.V.**
- 12:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Dietrich Wersich empfängt eine **hochrangige Fachdelegation aus der Partnerstadt Chicago**. Die Delegation besucht Hamburg im Rahmen eines regelmäßigen Austauschs über Fragen der Sozialarbeit.
- 13:30** CCH
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort anlässlich der **International Supercomputing Conference ISC'09**.
- 14:00** Brüssel
Staatsrat Christian Maaß spricht anlässlich der **Green Week in Brüssel**.
- 18:00** Haus des Sports, Festsaal, Schäferkampsallee 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Mitgliederversammlung des Hamburger Sportbunds**.
- Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil.
- 19:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Mittsommerfestes**. Partnerland ist in diesem Jahr die Republik Polen.
- Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil
- 19:30** Conrad Hinrich Donner Bank, Alstertor 23
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an der **Veranstaltungsreihe Kulturdialog zum Thema „The Art of Modern Museum“**.

Mittwoch, den 24.06.2009

- ganztägig** Saarbrücken, Weltkulturerbe Völklinger Hütte und Saarbrücker Schloss
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt vom **24.-25.06.09 teil am
Föderalismus-Symposium des Bundesrates** (Thema: Die Rolle der
Regionen im europäischen Einigungsprozess).
- 10:00** Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Ole von Beust empfängt die **Botschafterin Schwedens,
Ruth Jacobi, zum Antrittsbesuch.**
- 12:15** Hotel Steigenberger, Dresden
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil an der **Justizministerkonferenz vom
24.6. -26.6.09 in Dresden.**
- 13:00** Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Erfurt
Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen am
24. und 25.06.2009 an der **82. Gesundheitsministerkonferenz in Erfurt**
teil.
- 14:00** TuTech, Harburger Schloßstraße 6-12
Senator Axel Gedaschko nimmt teil an der **Preisverleihung „Ort im Land
der Ideen“ der TuTech Innovation GmbH.**
- 15:45** Sportplatz der Helmut-Schmidt-Universität, Holstenhofweg 85
Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil am **Beförderungsausschuss.**
- 18:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Sommerfestes für die
Sieger von Schülersportwettbewerben.**
- Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil.
- 19:30** Sportschule des HFV, Jenfelder Allee 70 a-c
Staatsrat Dr. Manfred Jäger ist Gast bei der **Meisterfeier des Hamburger
Fußball Verbandes.**

Donnerstag, den 25.06.2009

- 12:30** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Dr. Michael Voges spricht ein Grußwort anlässlich des
Senatsempfangs für die Überlebenden des Holocausts.
- 14:00** Handelskammer
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters hält die Eröffnungsrede beim **IHK
Symposium Nachhaltige Mobilität.**
- 14:00** Schauenburger Straße 49
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung
des Kompetenzzentrums für Migranten.**
- 14:30** München, Münchener Kammerspiele, Maximilianstraße 26-28
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am **4. Kongress „Kinder zum
Olymp!“ der Kulturstiftung der Länder.**

- 15:00** Nonnweiler
Senatorin Anja Hajduk nimmt teil an der **72. Umweltministerkonferenz**.
- 17:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt teil an einer **Podiumsdiskussion im Rahmen des ver.di Forums Wohnungswirtschaft**.
- 18:00** Airport Hamburg, Terminal 2, Top-Deck
Senator Christoph Ahlhaus, Senator Axel Gedaschko, Staatsrat Dr. Stefan Schulz und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen teil am **Politischen Abend am Hamburg Airport**.
- 18:15** Handelskammer, Börsensaal, Adophsplatz 1
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der „**International Supercomputing Conference**“.
- 20:00** Schmidts Tivoli, Spielbudenplatz 27-28
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **Preisverleihung des 6. Hamburg Animation Awards 2009**.

Freitag, den 26.06.2009

- 10:00** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Generalkonsul der Italienischen Republik, Lelio Crivellaro**, zum Gespräch.
- 10:00** Akademie des Sports, Ferdinand- Wilhelm-Fricke-Weg 10, Hannover
Senator Dietrich Wersich nimmt teil an dem **Treffen der für Integrationsfragen zuständigen Minister**.
- 10:15** Anleger Sandtorhöft, Kehrwiederspitze/ Sandtorkai
Senator Axel Gedaschko begrüßt die Gäste, die an der **Taufe der Barkasse „Metropolregion Hamburg“** teilnehmen.
- 13:00** Wolfgang Meyer Stadion, Hagenbeckstraße 124.
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht das **Fußball Länderspiel der U 19-Frauen Nationalmannschaft gegen die USA**.
- 14:30** Rellinger Straße 13
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort anlässlich der **Verabschiedung des Geschäftsführers der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten, Dr. Martin Schaedel**.
- 16:00** Rathausmarkt
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des „Stuttgarter Weindorfs 2009“**.
- 17:00** Airbus, Kreetslag 10, Hamburg-Finkenwerder
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält die Laudatio anlässlich der **Verleihung des Kunstpreises Finkenwerder 2009 an Daniel Richter**.

18:00 Schön Klinikum Eilbek, Haus 6
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet die **Fortbildungsveranstaltung**
„Tag der rheumakranken Kinder und Jugendlichen“ der Hamburger
Elterninitiative rheumakranker Kinder e.V.

20:00 Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein Grußwort zur
Vortragsveranstaltung zum Thema „60 Jahre NATO“. Festredner wird
Bürgermeister a.D. Hans-Ulrich Klose sein.

Sonntag, den 28.06.2009

18:00 Staatsoper, Dammtorstraße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Manfred Jäger besuchen
die **Premiere von „Hommage aux Ballets Russes“ des Hamburg Ballett**
John Neumeier.